

**Auszug aus der Niederschrift  
über die  
8. Sitzung des Kreistages (11.Wahlzeit) des Kreises Trier-Saarburg  
am 22.06.2020 im Saarburg,  
öffentlicher Teil.**

6. **Antrag Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.06.20 "Erstellung eines Konzepts zur Gewährleistung des Schulunterrichts in den Schulen des Kreises Trier-Saarburg im weiteren Verlauf der COVID 19-Pandemie"; Vorlage: 0196/2020**

### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Wichtig in diesem Zusammenhang sei die Kenntnis der Eckdaten zur Schulöffnung. Es gebe derzeit eine umfangreiche Diskussion zur dynamischen Situation unter den Bildungsministern der Länder. Es gebe allerhand Faktoren bei einer Schulöffnung zu berücksichtigen. Die pädagogische Bildungshoheit liege beim Land, für die Schulträgeraufgaben sei der Landkreis zuständig. Ein aktuelles Thema sei das Angebot in Form von Sommerschulen, das in Zusammenarbeit von Land und kommunalen Spitzenverbänden auf den Weg gebracht worden sei. Diesbezügliche Detailfragen seien noch abzustimmen.

Kreistagsmitglieder **Gleißner** (Bündnis 90/ Die Grünen) gibt an, dass sie die in der Vorlage dargelegten Einschätzungen der Verwaltung teile, jedoch sehe sie andere Lösungsansätze sowie Konsequenzen, die in einem Konzept niedergeschrieben werden sollten. Hintergrund des vorliegenden Antrags der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion seien die Ausführungen des Landrates im letzten Kreistag zur Situation der kreiseigenen Schulen. Als besondere Problemlage seien die Schwierigkeiten bei den räumlichen Kapazitäten der Schulen dargestellt worden. Aus gegebenem Anlass stelle die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion den Antrag mit Beschlussvorschlag. Lehren und Lernen geschehe im täglichen Schulalltag mittels kommunikativer Interaktion. Die Hygienevorschriften verändern die Gruppengrößen der Schulklassen. Zur räumlichen und personellen Situation konnte aus ihrer Sicht in der Sachdarstellung der Vorlage keine zufriedenstellende Antwort seitens der Verwaltung gegeben werden. Die Beteiligten haben sich mit den aktuellen Gegebenheiten arrangiert. In der Vorlage sei lediglich die Sachlage dargestellt worden, allerdings nicht die geforderten Lösungsansätze. Die Schulbehörde könne beispielsweise durch ein konzeptionelles Raumkonzept in Zugzwang gebracht werden. Eine Situationsanalyse hätte bereits erstellt werden müssen. Das Bildungsbüro könne zum Beispiel die beteiligten Akteure koordinieren. Ohne personelle Ressourcen gestalte sich dies jedoch schwierig. Durch die aktuelle Krisensituation sei höchste Priorität und Dringlichkeit angesagt. Die Aufgabe des Landrates sei es, die verantwortlichen Akteure an einen Tisch zur Abstimmung sowie Lösungsfindung zu bringen. Nicht alle Schulen haben bis heute Förderanträge zum Digitalpakt gestellt, obwohl dies auf der Agenda stehe. Die Bereitstellung von Sporthallen werden zur Lösung der räumlichen Situation nicht ausreichen. Dies gehöre zur Pflichtaufgabe des Landkreises als Schulträger. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion sei gerne bereit den Prozess in den Sommerferien konstruktiv zu unterstützen. Sie bitte um Unterstützung des Antrages.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) geht zunächst auf den dynamischen

Prozess bei der Schulöffnung ein. Der vorliegende Antrag spiegle die Pflichtaufgaben des Landkreises hinsichtlich der Schulen wider. Es handle sich hierbei um das Tagesgeschäft der Kreisverwaltung. Der Verwaltung müsse aufgrund der aktuellen Situation der Rücken gestärkt werden. Niemand könne heute prognostizieren, wie es nach den Ferien in den Schulen in Hinblick auf die aktuelle Corona-Situation weitergehe. Die CDU-Kreistagsfraktion schlage aus diesem Grund vor, dass die Verwaltung ihre Überlegungen und Ausführungen in einer Sondersitzung des Kreisausschusses in den Sommerferien darstelle. Der genaue Sitzungstermin obliege der Verwaltung. Es gebe keine einfachen Problemlösungen, da die aktuelle Lage sehr komplexe Lösungsansätze erfordere. Falls ein Präsenzunterricht nicht funktionieren sollte, müsste über Alternativvorschläge beraten werden. Dabei spiele die fortschreitende Digitalisierung eine große Rolle, zu der der Bund große finanzielle Mittel zur Verfügung stelle. Der Landrat könne in seiner Rolle als Verwaltungschef feststellen, wann es ein Erfordernis gebe eine Kreisausschusssitzung einzuberufen.

Kreistagsmitglied **A. Schmitt** (SPD) stellt fest, dass der Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion im Grunde ohne Hintergrundwissen korrekt, schlüssig und fachlich fundiert sei. Mit Hintergrundwissen unter anderem durch die Sachstandsdarstellung der Verwaltung sei die aktuelle Situation an den Schulen sehr umfänglich und korrekt dargestellt. Somit erübrige sich der auf dem Antrag aufgeführte Beschlussvorschlag. Dennoch begrüße die SPD-Kreistagsfraktion zwar den Antrag, um eine öffentliche Diskussion anzuregen, allerdings mit der Empfehlung an die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion den Antrag zurückzuziehen. Die Sachdarstellung skizziere zutreffend die Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger. Ein Lob für die geleistete Arbeit an die Mitarbeitenden der Abteilung 5 – Schulen und Bildung sei an dieser Stelle angebracht. Annahmen zur zukünftigen Unterrichtserteilung seien rein spekulativer Natur. Ein weiteres Lob gebe es für die Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung bezüglich des Sommerschulangebots. Die Details des Angebots weisen sicherlich Schwachstellen auf. Diese können durch die Lehrenden sowie die Schulsozialarbeit aufgefangen werden, die hervorragende Arbeit leisten. Die Risikogruppendifinition sei seitens der ADD etwas gelockert worden. Zudem sei Unterricht mithilfe der technischen Mittel möglich. Diesbezüglich gelte es, dem Gesundheitsamt des Landkreises Trier-Saarburg ein Lob auszusprechen, da es personell gut aufgestellt sei und verschiedene Arten von Untersuchungen durchführe. Im Folgenden weist er kurz auf die personelle Ausstattung der ADD hin.

Kreistagsmitglied **Holstein** (FWG) schließe sich den Vorrednern der CDU- und der SPD-Kreistagsfraktionen zum größten Teil an. Es handle sich um eine reine Verwaltungstätigkeit auf der Verbandsgemeindeebene in Bezug auf die Grundschulen. Ein ordnungsgemäßer Unterricht sei im Sinne der Schulträger, nämlich der Verbandsgemeinden sowie des Landkreises. Im Detail könne die Schulsituation nach den Sommerferien noch nicht vorhergesagt werden. Bis dahin werden weiter Erkenntnisse zur dynamischen Entwicklung der Situation gesammelt. Aus den letzten Monaten während der Corona-Krise sei gelernt worden, dass die Behörden in allen Bereichen flexibel auf die Situation reagieren müssen. Die FWG-Kreistagsfraktion sehe die Kreisverwaltung mit all ihren Abteilungen gut gerüstet, um einen ordnungsgerechten Schulbetrieb nach den Ferien durchzuführen. Die FWG-Fraktion schließe sich dem Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion an, einen Kreisausschuss in den Sommerferien einzuberufen, sofern die Verwaltung feststelle, dass Bedarf bestehe.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) befürwortet den Vorschlag der CDU-Kreistagsfraktion. Aus der Sicht der Die Linke-Kreistagsfraktion solle eine Evaluation an kreiseigenen Schulen durchgeführt werden, mit welchen Herausforderungen sie aktuell zu tun haben und welche Lösungsmöglichkeiten es dazu gebe. Die Pandemie habe deutlich vor Augen geführt, dass es große Unterschiede bei den Betroffenen bei der Bewältigung der Krise gebe. Die zunehmende Digitalisierung gestalte sich als Herausforderung für Familien. Ein Konzept müsse folgende Fragestellungen berücksichtigen: 1) gebe es Leihgeräte für Lernende an den Schulen? 2) wie können Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Haushalten unterstützt werden sowie 3) welche Unterstützung brauchend die Beteiligten an den Schulen. Sie sehe eine Dringlichkeit bei diesen Angelegenheiten, um die soziale Schere nicht weiter auseinander driften zu lassen. Weitere Fragen hinsichtlich der Ausbildung der Lehrenden bezüglich der Digitalisierung und die weitere Unterstützung drängen sich ihr auf. In Schulen komme es auf Bildungsgerechtigkeit an.

Kreistagsmitglied **Trösch** (BfB) erörtert, dass durch die Bewertung des Personals Teile des Lehrerkollegiums in Risikogruppen eingeordnet werden. Aufgrund dieser Bewertung stehen einige Lehrende für den regulären Präsenzunterricht nicht zur Verfügung. Ferner seien die Lehrpersonen an die räumlichen Gegebenheiten gebunden. Aus diesem Grund werden eine größere Anzahl und flächenmäßig größere Räumlichkeiten benötigt. Infrage für eine solche Unterrichtung kommen lediglich Sporthallen/ -plätze, Gemeindehäuser und unter Umständen Hotelanlagen. Investitionsbedarf sehe er nicht. Die aktuelle Situation müsse auf Sicht gesteuert werden.

Der **Landrat** fasst zusammen, dass der Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion, wie eingereicht, bestehen bleibe. Der Antrag, so wie er gestellt sei, verlange von der Verwaltung etwas Unmögliches. Die Kreisverwaltung habe keinen Einfluss auf die Zuständigkeiten des Landes. Er befürworte grundsätzlich die Einberufung eines Kreisausschusses in den Sommerferien. Der Informationsfluss in die Kreisgremien laufe wie jederzeit gut. Jedoch müsse dabei beachtet werden, dass sogar am Ende der Sommerferien schwierig sein werde eine spezifische Sachstandsanalyse durchzuführen. Der vorangegangenen Rederunde habe er eine vorweggenommene bildungspolitische Generaldiskussion entnommen. Er wolle diesbezüglich klarstellen, dass eine uneingeschränkte Öffnung jegliche Diskussion entbehren würde. Zum Thema Digitalpakt könne er sagen, dass bisher kaum Anträge vorgelegt worden seien und über wenige sei bislang entschieden worden. Einige Anträge seien wegen Unvollständigkeit an die entsprechenden Schulen zurückversandt worden. Dahingehend solle ein Webinar von der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) angeboten werden, um etwaige Fragen zur Antragsstellung adäquat zu beantworten. Das Bildungsministerium bereite derzeit eine generelle Beschaffung von technischer Ausstattung der Schulen vor. Zur räumlichen Situation an den Schulen habe die Verwaltung alle außerschulischen Nutzer von Schulsporthallen im Landkreis angeschrieben und den Hinweis gegeben, dass die Schulen bei Bedarf Vorrang haben. Es sei an einigen Stellschrauben bereits gedreht worden. Zusammenfügen würden sie sich zu Schuljahresbeginn. Die Schulleiter wissen im Zweifel nicht, wie viel Lehrpersonal ihnen am Schulbeginn letztendlich zur Verfügung stehe, das sei das Hauptproblem.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) betont, dass es im Sinne aller sei, den Schulunterricht nach den Ferien im größtmöglichen Umfang durchzuführen. Die CDU-Kreistagsfraktion beantrage den vorliegenden Antrag in den nächsten Kreisausschuss zu überweisen. Der Landrat möge diesen dann zu gegebener Zeit in den Sommerferien zu einer Sondersitzung einberufen.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) stimmt dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu. Nach Beratungen im Kreisausschuss könne schließlich ein endgültiger Beschluss erarbeitet werden. Zu keinem Zeitpunkt habe die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion die Arbeitsweise der Verwaltung angreifen wollen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass ein vorläufiger Konsens zwischen den Fraktionen gefunden worden sei. Zur Abstimmung stehe nun der Überweisungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

### **Beschluss:**

Der **Kreistag** überweist den Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion vom 03.06.20 „Erstellung eines Konzeptes zur Gewährleistung des Schulunterrichts in den Schulen des Kreises Trier-Saarburg im weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie“ in die nächste Sitzung des Kreisausschusses, die nach dem Ermessen des Landrates in den Sommerferien einberufen wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**Für die Richtigkeit des Auszuges:**

**Trier, den 16. Juli 2020**

**Kreisverwaltung Trier-Saarburg**

**Im Auftrag**



**(Reichert)**